

# Sparkurs und höhere Gebühren

Seligstädter Parlamentarier beschließen Haushaltssicherungskonzept / 5,8 Millionen Euro bis 2012 sparen

**Seligstadt (sig)** • Das Einvernehmen war für die Seligstädter Stadtverordneten offensichtlich etwas so besonderes, dass sie gar nicht mehr aus dem Schwärmen herauskamen, als sie in ihrer Sitzung am Dienstagabend im Feuerwehrhaus ein Haushaltssicherungskonzept einstimmig verabschiedeten. Vorgesehen sind unter anderem neben Gebührenerhöhungen auch Einsparungen in der Verwaltung und Grundstücksverkäufe. Das Konzept umfasst die Jahre 2009 bis 2012 und soll in dieser Zeit knapp 5,8 Millionen Euro an Einsparungen beziehungsweise Mehreinnahmen bringen. Das Haushaltssicherungskonzept war nötig geworden, da der aktuelle städtische Haushalt einen Fehlbetrag in Höhe von mehr als 7,2 Millionen Euro aufweist.

Der Beschluss wird auch Auswirkungen auf die Seligstädter haben. So sieht das Konzept „moderate Erhöhungen“ der Elternbeiträge für die U-3 beziehungsweise Schulbetreuung vor. Erstgenannte Gebühr soll in den Jahren 2010 bis 2012 Mehreinnahmen von jeweils 100.000 Euro einbringen, bei

der zweiten Gebühr wird mit 36.000 Euro pro Jahr (ebenefalls ab 2010) kalkuliert.

Satte 866.000 Euro plus wird die Anhebung der Grundsteuer B von 235 auf 270 Punkte bringen. Dabei verwiesen die Stadtverordneten stets auf eine Forderung des Innenministers Volker Bouffier, diese Abgabe zu erhöhen. Auch sei man damit bislang kreisweit bisher eher im unteren Bereich angesiedelt gewesen. Die Grundsteuer A wird ebenfalls angehoben und soll in drei Jahren 9600 zusätzlich in die Kasse bringen.

Insgesamt 3,8 Millionen Euro sollen bei Personalkosten (ab 2009 je Jahr 250.000 Euro), bei Sach- und Dienstleistungen (je 500.000 Euro) sowie Zuweisungen und Zuschüsse (je 500.000 Euro) eingespart werden.

„Die konsequente Umsetzung des Konzeptes könnte zu einer erheblichen Verbesserung des Haushalts führen“, meinte CDU-Fraktionschef Joachim Bergmann, der auch Vorsitzender des Ausschusses zur Haushaltssicherung war. Er betonte, dass das „realistische Defizit“,

rund 2,6 Millionen Euro betrage. Die Abschreibungen in Höhe von knapp 4,7 Millionen bezögen sich auf städtische Bauten, die im Laufe der Zeit wohl kaum an Wert verlore. Bergmann sagte, dass es keine „pauschale Kürzung“ der bei der Vereinsförderung geben werde, dennoch müssten die städtischen Leistungen auf den Prüfstand.

Die Finanzdecke sei in „bedenklichem Zustand, das müssen wir ändern“, meinte Volker Horn (CDU). Dabei habe seine Fraktion „einige Kröten“ zu schlucken gehabt. So habe die Union große Probleme mit dem Verkauf des Jahn-Sportplatzes. An der Erhöhung von Steuern und Gebühren sei man diesmal nicht herum gekommen.

Dass das Parken in der Altstadt teurer werden soll, begrüßte SPD-Fraktionsvorsitzende Heide Wolf, denn damit werde Verkehr aus dem historischen Zentrum herausgehalten. Die Autofahrer würden etwa auf dem Parkdeck Platz finden, wo das Abstellen auch kostenpflichtig werden soll. Zuschüsse an Vereine müssten ebenso überprüft werden wie die Eintrittspreise

für das Schwimmbad. Bauchschmerzen habe der SPD die Anhebung der Elternbeiträge für die Betreuung ihrer Kinder bereitet.

Strukturelle Veränderungen bei den Stadtwerken (Fähre), Bauhof und Personalkosten forderte Daniell Bastian (FDP). „Sonst kommen wir da nicht raus“, meinte er. Das Haushaltssicherungskonzept sei lediglich ein erster Schritt. Die Zustimmung zur Abgabenerhöhung sei der FDP sehr schwer gefallen.

Mit der Absichtserklärung, den Magistrat nach der nächsten Kommunalwahl personell zu verkleinern, gehe das Stadtparlament mit gutem Beispiel voran, so Ulrich Haase (FWS). Für die Freien Wähler hätten die Einsparungen oberste Priorität.

„Zuversichtlich für die weitere Arbeit an der Haushaltsanierung“ stimmte Peter Stoerk (Grüne) das Konzept. Dann könnten auch wieder mehr Aspekte der Grünen auf der Liste stehen. „Unter den derzeitigen Bedingungen war das nicht möglich, da mussten wir Kompromisse schließen“, räumte der Kommunalpolitiker ein.